

Positionen der Bundesparteien zum Thema Sexarbeit / Sexkaufverbot

Wie ist das zu bewerten?

Johanna Weber

Sexarbeiterin aus Berlin
&
politische Sprecherin des BesD





Mitglieder sind:

aktive und ehemalige in der Sexarbeit Tätige
Arbeit erfolgt fast ausschließlich ehrenamtlich

Politische Ausrichtung des BesD

In der politischen Arbeit auf Bundes- und Landesebene agiert der Verband als kooperativer Verhandlungspartner.

Protestaktionen werden unterstützt

und zum Teil auch vom Verband selber durchgeführt.

Der BesD setzt sich für die Gesamtheit aller Sexarbeitenden in Deutschland ein und nicht nur für Interessen der Mitglieder.

Haltungen der Politiker*innen zum Thema Sexarbeit

Üblicherweise gibt es für alle Themen eine Parteilinie,
an die sich die Politiker*innen anlehnen

Haltungen der Politiker*innen zum Thema Sexarbeit

Üblicherweise gibt es für alle Themen eine Parteilinie,
an die sich die Politiker*innen anlehnen

Bei emotionalen Themen wie z.B. Sterbehilfe, Abtreibung
weichen die Politiker*innen allerdings von der Parteilinie ab
und folgen ihrem Gewissen

Haltungen der Politiker*innen zum Thema Sexarbeit

Üblicherweise gibt es für alle Themen eine Parteilinie, an die sich die Politiker*innen anlehnen

Bei emotionalen Themen wie z.B. Sterbehilfe, Abtreibung weichen die Politiker*innen allerdings von der Parteilinie ab und folgen ihrem Gewissen

Gerade beim Thema Sexarbeit gibt es in allen Parteien die verschiedensten Meinungen

Haltungen von Politiker*innen zum Thema Sexarbeit

PRO

sachlich, aufgeräumt

Sexarbeit als Job

Probleme dabei müssen angegangen werden

Haltungen der Politiker*innen zum Thema Sexarbeit

PRO

sachlich, aufgeräumt

Sexarbeit als Job

Probleme dabei müssen angegangen werden

NEUTRAL

brisantes Thema, da halte ich mich raus

nicht zuständig – verweisen an andere

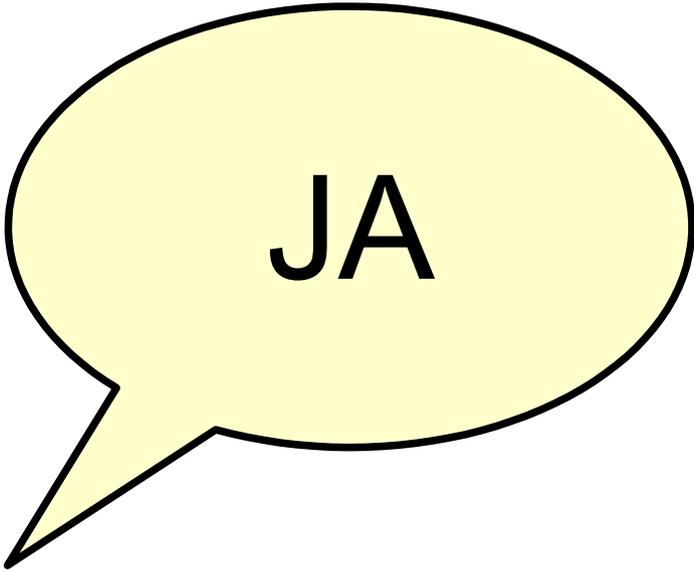
Haltungen der Politiker*innen zum Thema Sexarbeit

PRO	sachlich, aufgeräumt Sexarbeit als Job Probleme dabei müssen angegangen werden
NEUTRAL	brisantes Thema, da halte ich mich raus nicht zuständig – verweisen an andere
CONTRA	Prostitution ist schlimm und muss weg Sexarbeiterinnen sind Opfer = Rettung Sexkaufverbot = nordisches Modell

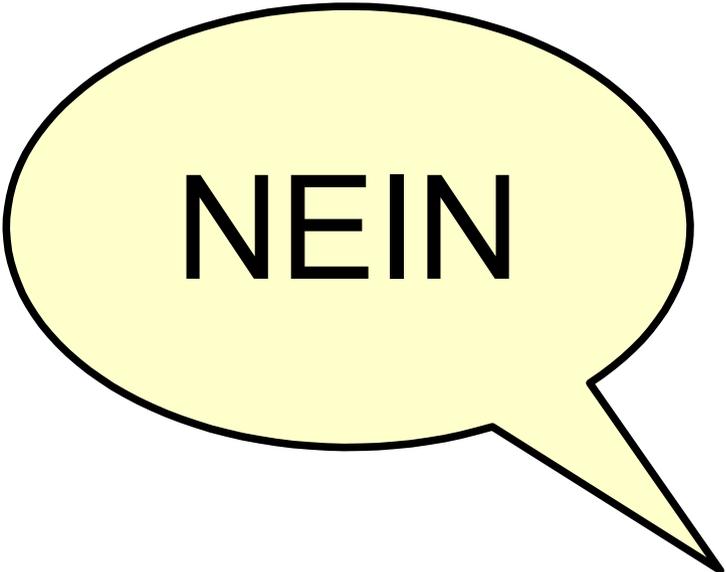
Sexkaufverbot
nordisches Modell
schwedisches Modell
Freierbestrafung

Thema Sexkaufverbot

2 verhärtete Fronten,
die sich nicht in der Mitte treffen können



JA



NEIN

Was sagen die Parteien?

Grüne

SPD

Linke

CDU

FDP

AfD

Positionspapiere der SPD und der CDU zum Thema Prostitution

Positionspapiere der SPD und der CDU zum Thema Prostitution

CDU

Prostituierte schützen

Zwangsprostitution bekämpfen

Ausstiegsangebote stärken

→ <https://www.cdusu.de/sites/default/files/2021-02/PP%20Prostituierte.pdf>

Positionspapiere der SPD und der CDU zum Thema Prostitution

CDU

Prostituierte schützen
Zwangsprostitution bekämpfen
Ausstiegsangebote stärken

→ <https://www.cducsu.de/sites/default/files/2021-02/PP%20Prostituierte.pdf>

SPD

Mehr Schutz, Beratungs- und Ausstiegshilfen
in der Prostitution

→ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Matrix_2021/SPD_Beschluss_Familienpolitik_Prostitution.pdf

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **„Nordisches Modell“ JA / NEIN**

CDU

„...falls die Regelungen nicht zum gewünschten Schutz von Prostituierten geführt haben, werden wir weitere Maßnahmen vorschlagen
und auch ein Sexkaufverbot in Betracht ziehen.“

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **„Nordisches Modell“ JA / NEIN**

CDU

„...falls die Regelungen nicht zum gewünschten Schutz von Prostituierten geführt haben, werden wir weitere Maßnahmen vorschlagen **und auch ein Sexkaufverbot in Betracht ziehen.**“

SPD

Schlußsatz:

**„Ein Sexkaufverbot
lehnen wir derzeit ab.“**

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **Thema UMSTIEG → Modellprojekt**

CDU

- *Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit den Ländern langfristig Ausstiegsbegleitung zu schaffen*
- *Suche nach einer sicheren Wohnung*
- *psychosoziale Begleitung*

SPD

„... Wichtig ist auch, dass diese auf längere Zeit aufrechterhalten werden, um nachhaltig wirken zu können.“

[Link zur aktuellen Ausschreibung →](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/164846/d39e5333c9c9a34a63912f3ee37ab772/20210115-interessenbekundungsverfahren-umstieg-pro)

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/164846/d39e5333c9c9a34a63912f3ee37ab772/20210115-interessenbekundungsverfahren-umstieg-pro>

[Abschlussbericht des letzten Modellprojektes →](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/95446/b1f0b6af91ed2ddf0545d1cf0e68bd5e/unterstuetzung-des-ausstiegs-aus-der-prostitution-langfass)

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/95446/b1f0b6af91ed2ddf0545d1cf0e68bd5e/unterstuetzung-des-ausstiegs-aus-der-prostitution-langfass>

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **Thema ÜBER 21**

CDU

- *„Wir wollen die Prostitution von Heranwachsenden unter 21 Jahren verbieten.“*
- *„Besonders junge Personen sind in ihrer Persönlichkeit oft noch nicht gefestigt, leicht zu beeinflussen und verletzlich.“*

SPD

*„Wir wollen Heranwachsende besonders vor einem frühen Einsteig in die Prostitution bewahren: Die Zulässigkeit von legaler Prostitution erst ab 21 Jahren **soll geprüft werden.**“*

Zusammenstellung von Stellungnahmen dazu, die damals in der Anhörung zum ProstSchG abgegeben wurden an das BMFSFJ

→ <https://www.berufsverband-sexarbeit.de/index.php/2021/03/17/argumente-gegen-eine-anhebung-der-altersgrenze-auf-21-fuer-prostituierte/>

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **Thema SCHWANGERE**

CDU

„Prostitution für schwangere Frauen soll verboten werden.“

→ Ausstiegshilfen

„**Freierstrafbarkeit** für die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen von Heranwachsenden und offensichtlich schwangeren Frauen.“

SPD

Die Frist von 6 Wochen vor der Entbindung soll ausgeweitet werden

→ Ausstiegshilfen

→ Finanzielle Hilfen für die Zeit der Schwangerschaft

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **Thema STRASSENSTRICH**

CDU

Muss stärker reguliert wegen
menschenunwürdiger Bedingungen

→ Sperrgebiete

→ „Verrichtungsboxen wie in Berlin
lehnen wir als menschenunwürdig
ab“

SPD

„... es fehlt offensichtlich an
einfachsten Hygienebedingungen.“

„... vulnerabelste Gruppe“

SPD für eine stärkere Regulierung
der Straßenprostitution – auch im
ProstSchG

→ **Arbeits- & Gewerberecht!!!**

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **Thema POLIZEI**

CDU

- deutliche Intensivierung der **Kontrolle**
- spezialisierte Szene-Beamte
- Mehr Kontrollen und Begleitung durch Mitarbeiterinnen von Beratungsstellen
- Finanzkontrolle Schwarzarbeit verstärken – Scheinselbständigkeit aufdecken → **Zeichen von Zwangsprostitution**

SPD

Sie teilen in 3 Bereiche

- a) freiwillig und „zwangsfrei“
- b) aus *unfreiwilligen Gründen*
- c) *Zwangsprostitution*

Mehr Kontroll- und Ermittlungsdruck im Graubereich (zwischen b und c)

Aussagen von SPD und CDU in ihren Positionspapieren zu **Thema PRÄVENTION**

CDU

Bildungsprogramme gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution nicht nur an Schulen, **sondern auch in der Gesellschaft**

Studie über die psychischen und physischen Folgen von Prostitution

Mediale Kampagne, die Frauenbilder von Freiern thematisiert und für Menschenhandel und Zwangsprostitution sensibilisiert.

SPD

„Das Thema Prävention soll auch bei der Sexuaufklärung unserer Bildungseinrichtungen eine größere Rolle spielen.“

→ Jugendlichen respektvollen Umgang mit Sexualität vermitteln

→ Umgang mit Pornographie und legaler Prostitution

Frauen-Union-Chefin Widmann-Mauz fordert Verbot von Prostitution

- „Frauen werden erniedrigt, gedemütigt, entwürdigt – und das ist durch ein Gesetz auch noch rechtlich abgesichert“, kritisiert Annette Widmann-Mauz, Vorsitzende der Frauen-Union.
- Am Samstag thematisiert der Bundesdelegiertentag der Frauen-Union ein perspektivisches Sexkaufverbot, Kanzlerkandidat Laschet ist zu Gast.
- Die Vorsitzende wirbt für verständliche Gendersprache und prognostiziert: Eine reine CSU-Männerriege im Kabinett ist passé.



Kristina Dunz | 27.08.2021, 6:26 Uhr



Wie ist die Forderung der Frauenunion zu bewerten?

Klingt besorgniserregend, ist aber nichts Neues.

Gutes Beispiel, wie Presse Sachverhalte falsch versteht.

Es geht nicht um ein Verbot, sondern um Freierbestrafung für Sex mit Schwangeren und unter 21-jährigen. Die beiden Themen sind ja schon länger auf der CDU-Agenda:

Anhebung der Altersgrenze und Arbeitsverbot für Schwangere

Was sagen denn andere Parteien?



Die Grünen

Antwort von Anna Lena Baerbock auf Anfrage

Ein Verbot von Prostitution halten wir dabei nicht für zielführend.

Studien zu den Auswirkungen der gesetzlichen Regelungen in Schweden und anderen nordischen Ländern sind umstritten, uneindeutig und von begrenzter Aussagekraft. Zwar zeigen Studien, dass sich durch ein Verbot Straßenprostitution verringert, unklar ist allerdings, ob es dadurch weniger Prostitution gibt, oder sie nur in weniger sichtbare Bereiche verdrängt wird. So ist von schwierigeren Bedingungen für die Prostituierten auszugehen, von mehr Illegalität, mehr Ausbeutung und Gewalt oder Gesundheitsgefährdung.

Die Grünen

Antwort von Anna Lena Baerbock auf Anfrage

Sowohl die Lebenssituation als auch die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen sind vielfältig und unterschiedlich. Es gibt sowohl Zwangsprostitution, als auch selbstbestimmte Sexarbeit.

....

Die grüne Bundestagsfraktion will die Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die in der Prostitution arbeiten, durchsetzen und stärken. Prostitution ist kein Job wie jeder andere. Dass Frauen sexuelle Dienstleistungen anbieten, ist aber ihre Entscheidung.

Die Grünen

Familienpolitische Sprecherin, Ulle Schauws

Mit uns in der Regierung
wird es
kein Sexkaufverbot geben!



Die Linken

Familienpolitische Sprecherin, Conny Möring

Sexarbeiter*innen brauchen
Rechte, Akzeptanz und
soziale Sicherung!



Die Linken

Familienpolitische Sprecherin, Conny Möring

Die von Prostitutionsgegnern erneut angestoßene Debatte um ein Sexkaufverbot führt in die falsche Richtung. Das sogenannte Nordische Modell würde den pandemischen Ausnahmezustand lediglich zur Normalität werden lassen.

Die FDP

Katja Hoyer, FDP im Rat Köln

„Die Freien Demokraten halten den Plan, Prostitution gesetzlich zurückzudrängen, für den falschen Weg.

Wer glaubt, durch ein Verbot des Sexkaufs würde Prostitution verschwinden, der irrt. Durch Stigmatisierung und Verbote treiben wir Prostituierte in die Illegalität und die Möglichkeit, durch staatliche Behörden sowie Beratungsstellen im Kontakt mit ihnen zu bleiben, entfällt.“

Quelle → <https://fdp-koeln.de/aktuell/fdp-erteilt-prostitutionsverbot-klare-absage/29-03-2021>

Forderungen von den Sexarbeitenden

Ole von Beust, ehemaliger Bürgermeister von Hamburg:

*»Liebe Experten,
warten Sie nicht, bis Ihr Thema von außen reguliert wird.
Nutzen Sie Ihre Expertise und den Freiraum,
den Sie jetzt haben, und setzen Sie selbst die Standards.
Gestalten Sie Ihr Thema!
Sie schaffen auf diese Weise Vorschläge für mögliche
Regulierungen, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden
kann.«*

Forderungen des BesD

- Runder Tisch Sexarbeit auf Bundesebene nach der Bundestagswahl
- Mitwirkung des BesD und anderer Branchen-Insider an der Evaluation des ProstSchG
- flächendeckende Untersuchungsmöglichkeiten in Gesundheitsämtern
- flächendeckendes Beratungsstellennetz
- Arbeitsvisa für Sexarbeitende aus Nicht-EU-Ländern
- Sexarbeitende als Lehrkräfte für Sexualkundeunterricht an Schulen
- Änderung Baurecht, Möglichkeit für Sexarbeitende selber Prostitutionsstätte eröffnen
- Abschaffung der Sperrgebiete
- **ENTSTIGMATISIERUNG**

Was können sie tun?
Was kannst du tun?

Sexarbeitende

- Mitglied werden im BesD – auch passive Mitglieder sind wichtig, denn die Anzahl zählt
→ <https://www.berufsverband-sexarbeit.de/index.php/verband/mitglied-werden/>
- Mitmachen bei Polikgruppe BesD – Online alle 14 Tage – Kontakt: johanna@besd-ev.de
- Politiker vor Ort anschreiben oder sie einladen ins Bordell

Nicht-Sexarbeitende

- Fördermitglied werden im BesD →
<https://spenden.berufsverband-sexarbeit.de/campaigns/foerdermitgliedschaft/>
- Newsletter des BesD abonnieren → <https://www.berufsverband-sexarbeit.de/>
- Pro Bono Unterstützung (Anwält*innen, Steuerberater*innen,...)
- Politiker vor Ort anschreiben und auf Social Media sachlich kommentieren

Kontakt zu Johanna Weber

johanna@besd-ev.de

0151 - 1751 9771

www.johannaweber.de

